

Das Heilige der Religion und das Frivole der Karikatur können sich gegenseitig nicht beschädigen.

# Das Angebot der Demokratie

Gerd Held

Wenn der deutsche Staat nicht für das Verbot der Mohammed-Karikaturen Sorge, habe er als Muslim das Recht, Polizisten zu „bestrafen“ - das hat der 25-jährige Mann erklärt, der während einer Demonstration zwei Polizisten mit einem Messer schwer verletzt hat. Das ist keine religiöse Sprache, sondern die Sprache ganz profaner Machtansprüche. Ganz ähnlich klangen die „Anweisungen“, die per Videobotschaft zum gezielten Mord an Einzelpersonen aufforderten. Es ist eine Sprache technischer „Maßnahmen“, die aus der Auslöschung von Menschen eine Art Verwaltungsakt macht. Wir kennen diesen Tonfall aus den Mitteilungen von regionalen oder anarchistischen Terrorgruppen, auch aus der Bürokratie der Vernichtungslager. Man gibt vor, Exekutor eines höheren Prinzips zu sein, aber den Exekutoren genügen ein paar Monate der Instruktion, um sich in Besitz dieses Prinzips zu wähnen und über ein Menschenleben oder über die ganze Schöpfung zu erheben. Ob es wirklich eine innerliche Verbindung zwischen der kalten Technik der Gewalt und der Tradition des Salafismus gibt, kann man bezweifeln. Auf keinen Fall kann man eine solche Verbindung mit dem Islam, den ein tiefes Gefühl für die unerschöpfliche Größe Gottes auszeichnet, herstellen. Gewiss, die Verteilung von Exemplaren des Koran an Passanten in Fußgängerzonen und die gewaltsamen Auseinandersetzungen ereigneten sich dicht nebeneinander. Da liegt es nahe, eine Verbindung zwischen Religion und Gewalt herzustellen. Die Neigung ist groß, nach sogenannten „kulturellen Ursachen“ zu fahnden, eine bestimmte Religion haftbar zu machen und so den Kreis der Verdächtigen immer weiter auszudehnen. Aber das ist eine schlechte Idee. Es kommt vielmehr

darauf an, die Grundsätze des Rechtsstaats und die Vorzüge der Zivilgesellschaft präzise zu verteidigen. Die Demokratie muss ihre Verteidigungslinie selbst bestimmen. Sie hat ihr eigenes Angebot.

Die Offenheit einer Gesellschaft ist nicht dann besonders groß, wenn sie das religiöse Leben und die Autorität des Heiligen möglichst weit zurückzudrängt. Im Gegenteil, die Religionsfreiheit ist hier ein positives Gut und ein Unterpfand für die eigene Willensbildung des Souveräns. Deshalb sieht die moderne Demokratie in der Religion nicht nur eine private Aktivität für den Hausgebrauch, sondern begrüßt ihr öffentliches Auftreten. Denn es tut der Zivilgesellschaft gut, wenn es bei ihr nicht nur um das private Lebensglück geht, sondern auch über größere, jenseitige Fragen des Daseins. In diesem Sinn war das Gerichtsurteil in Nordrhein-Westfalen, das Demonstrationen mit Mohammed-Karikaturen im unmittelbaren Umfeld von Moscheen untersagte, ein weises Urteil. Der Gottesdienst verdient Schutz. Er muss ohne Störungen ausgeübt werden können und in die Öffentlichkeit ausstrahlen können. Das gilt für die christlichen Kirchen, aber auch für den Islam und andere Religionsgemeinschaften. Es spielt dabei keine Rolle, ob es in einer Glaubensgemeinschaft den Hintergedanken gibt, dass ganze öffentliche Leben nach den eigenen Religionsvorschriften zu gestalten. Der Rechtsstaat muss über solche Hintergedanken nicht befinden. Er schützt die Religion positiv als Kultus. Damit übt er einen sanften Druck dahingehend aus, dass die Glaubensgemeinschaften sich wirklich auf ihren Glauben konzentrieren. Es wäre daher auch falsch, aus den jüngsten Gewaltakten den Schluss zu ziehen, man müsse nun die

Verteilung von Koran-Exemplaren in den Fußgängerzonen unterbinden.

Wer sich zum christlichen Glauben bekennt oder wer sich von religiösen Dingen berührt fühlt – und dazu zählt auch mancher „Atheist“ - wird immer einen tiefen Respekt vor dem Islam haben. Und er wird zum Schweigen neigen, wenn er einem heiligen Gegenstand dieser Religion begegnet. Doch umfasst die öffentliche Sphäre noch mehr als nur das Religiöse. In einer Fußgängerzone konkurriert der Stand einer Glaubensgemeinschaft mit vielen anderen Dingen um die Aufmerksamkeit. Mit Waren und Menschen aller Art, mit den verschiedensten Kleidungen, Bildern, Gesprächen, Melodien, mit Schönerem und Geschmacklosen, mit Wissenschaft und mit Humor, mit Edlem und Frivolem. Viele Dinge liegen im Streit miteinander und niemand hat das letzte Wort. Auch die Religion muss damit leben, dass sie hier keine höhere Autorität als andere beanspruchen kann. In der öffentlichen Sphäre zählt sie nur als eine Aktivität unter anderen – so, wie die Kirchtürme einer Großstadt auch nur ein Gebäude unter anderen sind (und nicht mehr die höchsten). Die Religion muss hier die Blasphemie erdulden, die Gotteslästerung. Das ist ein schwer zu ertragendes Paradox: Das Heiligste, das Absolute soll sich auf Erden fügen. Und doch wird der Größe Gottes durch dies Sich-Fügen kein Abbruch getan. Denn diese Größe muss nicht überall und jederzeit auf die Probe gestellt werden. Gottes Reich ist nicht von dieser Welt.

In der westlichen Welt ist das Christentum diesen Weg des Sich-Fügens gegangen und hat dabei, oft nicht ganz freiwillig, auch die radikale Verleugnung Gottes und

die Blasphemie ertragen. Man denke an Voltaire und seinen oft ätzenden Religionspott. Oder man denke an die zotigen Religions-Karikaturen in der Bundesrepublik der 60er Jahre, denen buchstäblich nichts heilig war. Hat das den Glauben zerstört? Die Gesellschaft zugrunde gerichtet? Mitnichten. Aber deshalb ist unser Land jetzt auch moralisch im Recht, wenn es das Recht verteidigt, Karikaturen des Propheten Mohammed zu zeichnen und zu drucken. Wenn es in Deutschland um eine Lästerung ginge, die bei unserer angestammten Religion (dem Christentum) verboten wäre und nun bei einer eingewanderten Religion (dem Islam) gestattet würde, wäre alles schief. So aber verteidigen wir mit dem Recht auf Karikatur unsere erworbene Souveränität als Zivilgesellschaft.

Seit den „salafistischen“ Gewalttaten und Drohungen ist einige Zeit vergangen. Doch die Herausforderung unserer Demokratie dauert an und wird sich nicht von selbst erledigen. Deshalb muss eine dauerhafte Antwort gefunden werden. Genau genommen sind es zwei Antworten: Auf der einen Seite ein wehrhafter Rechtsstaat, der bei Gewalt mit totalitären Zügen besonders aufmerksam ist und die Berufung auf kulturelle Identitäten nicht als mildernden Umstand akzeptiert. Auf der anderen Seite eine Öffentlichkeit, die dem Auftreten der Religionen – unter Einschluss des Islam – eine Sphäre des Respekts bietet. Das ist das Angebot der modernen Freiheit: Dass sie ganz unterschiedliche Sphären gebildet hat und nicht nur ein einziges Prinzip regiert. Staat und Wirtschaft, Kultur und Religion bilden ihre eigenen Welten und sind nur lose gekoppelt.

*(Manuskript vom 2.6.2012, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT unter der Überschrift „Der wehrhafte Staat“ am 8.6.2012)*